



Berlin, 11. Juli 2006

S t e l l u n g n a h m e

der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU (MIT) zum regenerativen Wärmegesetz.

Die MIT der CDU/CSU lehnt die Pläne des Bundesumweltministeriums zu einem regenerativen Wärmegesetz rundweg ab. Dabei tritt die MIT durchaus für die Förderung regenerativer Energien ein; sie ist jedoch gegen jede Zwangsmaßnahme, die über eine Quotenregelung oder über eine Strafsteuer solche Energiearten in den Markt einführt. Genau das will aber der jetzt vorliegende Vorschlag, den das Bundesumweltministerium aus der Mottenkiste der rot-grünen Regierungszeit hervorgeholt hat.

Sowohl das so genannte „**Bonusmodell**“ als auch das „Nutzungsmodell“ sind Instrumente sozialistischer Planwirtschaft. Nach dem Bonusmodell sollen fossile Energien mit einer Strafsteuer belegt werden, mit der dann die regenerativen Energien anlagenbezogen subventioniert werden sollen. Dies bedeutet eine weitere Verteuerung der Energiepreise im Wärmemarkt. Schon heute verhandeln Mieterschutzvereine mit Vermietern über die Stundung von Nebenkostennachzahlungen.

Nach dem beabsichtigten „**Nutzungsmodell**“ soll dem Verbraucher vorgeschrieben werden, zu welchem Prozentsatz er regenerative Energien zu Hause zum Heizen einsetzen soll. Wer diesen Prozentsatz unterschreitet, soll bestraft werden. Es fehlt nur noch, dass für diejenigen, die ihr Soll übererfüllen, ein Zertifikatshandel erfunden wird.

Die MIT tritt dafür ein, dass jeder Verbraucher frei entscheiden soll, mit welcher Energieart er gerne heizen möchte. Für den Verbraucher sollen jedoch weiterhin Anreize geschaffen werden, Energie zu sparen und insbesondere **mit fossilen Energien ressourcenschonend umzugehen**. Deswegen begrüßt die MIT auch das energetische Altbausanierungsprogramm der Bundesregierung. Der beste Umweltschutz wird immer noch dann betrieben, wenn die Energie erst gar nicht verbrannt wird. Das gilt übrigens auch für viele regenerative Energiearten.

Besonders verwerflich ist es, dass mit dem beabsichtigten regenerativen Wärmegesetz nur ganz bestimmte regenerative Energien gefördert werden sollen, nämlich insbesondere die Solarthermie und die Geothermie. Es kann nicht Aufgabe der Regierung sein zu bestimmen, welche regenerative Energieart in Zukunft unterstützt werden soll und welche nicht. Letztlich muss sich im freien Wettbewerb die Energieart durchsetzen, die am effizientesten ist.

Die MIT gibt dem Prinzip der **Ressourcenschonung absoluten Vorrang**. Mit modernen Heizsystemen kann bis zu 40 % fossiler Energien eingespart werden. Anreize für den Einbau umweltfreundlicher und ressourcenschonender Heizsysteme sollten in Form von Zuschüssen und steuerlichen Vergünstigungen gewährt werden. Das ist immer noch besser, als zunächst Strafsteuern vom Bürger einzukassieren, um sie dann in Form von Subventionen wieder auszugeben. Dabei bleibt fast die Hälfte des Geldes im Verwaltungsapparat hängen.

Dieter Bischoff

Präsidiumsmitglied
Vorsitzender der MIT-Kommission „Energie und Umwelt“